

abstimmungen**FDP: Nein zur GLP-Initiative**

Winterthur: Einstimmig fasste die FDP-Winterthur die Nein-Parole zur Volksinitiative «Schaffe und Wohne z'Winterthur». Arbeitsplatzzahlen könnten nicht direkt an Einwohnerzahlen gekoppelt werden. Gesetze allein würden keine Arbeitsplätze garantieren, sondern durch die Schaffung eines optimalen Umfelds. Ja sagt die FDP zu den Wählbarkeitsvoraussetzungen für Bezirksrichter.

CVP: GLP-Vorlage unnötig

Winterthur: Die CVP Winterthur lehnt die Initiative «Schaffe und wohne z'Winterthur» ab. Die Parteiversammlung ist der Meinung, dass die Verankerung des Ziels von mehr Arbeitsplätzen in der 12-Jahresstrategie und in den Legislaturschwerpunkten das richtige Mittel ist. Seit der bürgerliche Stadtrat am Werk ist, seien dank zahlreicher Massnahmen neue Arbeitsplätze geschaffen worden, so die Partei.

Standortförderung sagt nein

Winterthur: Der Vorstand der Standortförderung Region Winterthur empfiehlt die Initiative «Schaffe und Wohne z'Winterthur» zur Ablehnung. Die Ziele der GLP seien lobenswert, würden aber am Ziel vorbeischießen. Die Koppelung von Arbeitsplatzzielen an die Messgrösse Arbeitsplatzdichte erachtet der Vorstand aber als nicht zielführend. *red.*

Stadt bekämpft Radikalismus

Die Stadt Winterthur schafft eine Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention als Anlaufstelle für die Bevölkerung. Diese ist eine der Massnahmen, welche die Stadt im Zusammenhang mit dem Phänomen des Jihadismus umsetzt.

Winterthur: Mehrere Jugendliche aus Winterthur sind in den letzten Monaten in den Heiligen Krieg gezogen. Die Stadt äusserte sich aber nicht zu diesem Thema. Einerseits, um die Sicherheitsermittlungen nicht zu gefährden. Andererseits, um nicht weitere Jihad-Reisende zu diesem Schritt zu animieren, wie Stadtpräsident Michael Künzle (CVP) im «Landbote» sagt.

Seit rund anderthalb Jahren beschäftigt sich der Stadtrat nun mit dem Phänomen der Jihad-Reisenden. Die Zuständigkeiten sind dabei klar geregelt. Im Bereich Sicherheit liegt die Hauptverantwortung beim Kanton und beim Bund; die Stadtpolizei leistet Unterstützung. Der Stadtrat selbst kann insbesondere bei der Prävention Massnahmen ergreifen. Deswegen wurde nun beschlossen, eine Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention zu schaffen. Sie wird für die Bevölkerung



In der Stadt Winterthur sollen Radikalisierungen verhindert werden. Bild: sag.

eine niederschwellige Anlaufstelle für alle Fragen rund um die Themen Radikalisierung und extremistische Gewalt sein. Sprich, egal ob Eltern, Lehrkräfte, Arbeitgeber, Vereinsmitglieder oder die Verwaltung: «Alle, die sich Sorgen machen, weil sich ein junger Mensch im nahen Umfeld verändert hat, soll sich an die Stelle wenden», so Künzle weiter.

Die vorerst bis Ende 2018 befristete Fachstelle orientiert sich dabei an der Fachstelle für Gewaltprävention der

Stadt Zürich. Die Leitung der Fachstelle wurde öffentlich ausgeschrieben.

Fachwissen wird vertieft

Im Zentrum der Bemühungen und der Zuständigkeit der Stadt Winterthur steht, ihre Fachpersonen an der Basis für den professionellen Umgang mit der Problematik zu stärken und ihnen Instrumente zu geben, um bei Verdachtsfällen adäquat reagieren zu können, teilt der Stadtrat weiter mit. Als Beitrag dazu fan-

den kürzlich insgesamt vier halbtägige Workshops zum Thema «Jihadistische Radikalisierung» statt, bei welchen rund 200 Personen teilnahmen. Sie richteten sich an Lehrpersonen, Schulsozialarbeitende, Mitarbeitende des Schulpsychologischen Dienstes, Jugendarbeiter, Mitarbeitende aus den Bereichen Berufsvorbereitung und Arbeitsintegration sowie der Suchtprävention.

Bereits im vergangenen September hat eine Informations- und Weiterbildungsveranstaltung zum Thema «Radikalisierung im Schulkontext» stattgefunden, an der rund einhundert Personen aus dem Schulbereich teilgenommen hatten. Verwaltungintern sind zwei Arbeitsgruppen aktiv, welche die wichtige Vernetzung der Fachleute innerhalb der Verwaltung und mit anderen Fachgremien sicherstellen und dem Stadtrat Massnahmen vorschlagen können.

Im vergangenen Dezember hat sich Stadtpräsident Michael Künzle mit Vertretern sämtlicher Moscheegemeinden der Stadt Winterthur zu einer Aussprache getroffen. Es wurde vereinbart, den gegenseitigen Dialog zu verstärken. In den kommenden Tagen wird die Stadt zu einem nächsten Treffen einladen, an dem konkrete Schritte aufgegleist werden sollen. Weitere Massnahmen für eine verstärkte Prävention gegen jihadistische Radikalisierungen seien derzeit in Prüfung, aber noch nicht spruchreif. *sag.*



Katzen kastrieren soll Pflicht werden

Um das Katzenleid zu verringern und den Bestand der Büsis nachhaltig zu regulieren, sammeln Tierschützer aktuell Unterschriften. Ziel der Petition ist eine Kastrationspflicht.

Winterthur: Auch in Winterthur leben sie, in Wohnquartieren, Schrebergärten und sogar auf Industriearealen: Katzen. Aber dabei handelt es sich nicht um geliebte, umsorgte Stubentiger, sondern um besitzerlose, zurückgelassene, verwaiste und unkastrierte Tiere. Schweizweit leben derzeit über 100'000 herrenlose Mauzer.

Vielfach wird erst nach langer Zeit realisiert, dass ein Büsi keinen Besitzer hat. Fälschlicherweise wird noch immer davon ausgegangen, dass alle Katzen mit Sicherheit jemandem gehören und zu ihnen geschaut wird. Reagiert wird oft erst dann, wenn ein Tier zusehends kränker und schwächer wird und sich offensichtlich wirklich niemand um es kümmert. Oder wenn eine Kätzin immer runder erscheint und eines Tages dann plötzlich Katzenwelpen auf dem Gartensitzplatz geboren werden. Ärgerlich auch, wenn der Lärm durch Katzenjammer die Anwohner um den Schlaf bringt oder ein unkastrierter

Kater alles markiert und Artgenossen hinterherjagt. Die Gründe sind vielfältig, doch das alles muss nicht sein.

Haltern ist das Tierwohl zu oft egal

«Ich habe schon alles erlebt» erzählt Claudia Schärer, Fachperson beim Tierschutzverein Winterthur «da stellt sich zumal heraus, dass die Katzenbesitzer einfach wegziehen und das Büsi sich selber überlassen. Sind solche Tiere dann nicht mal kastriert, dauert es nicht lange und wir haben die Misere.» Ein jeder könne sich eine Katze zulegen, liess sie dann aber weder impfen, chippen noch kastrieren und kümmerte sich nicht um sie und noch viel weniger um ihre Nachkommen. Viele solcher Katzen werden oftmals zugefüttert – aus Mitleid – doch dies verschlimmert die Situation nur noch, denn es werden so gute Voraussetzungen für eine Vermehrung geschaffen. Irgendwann stören die Tiere, denn sie werden ja immer mehr – und erst dann wird der Tierschutz informiert, welcher aufwendig schon völlig verwilderte Tiere einfangen, behandeln und kastrieren muss. «Es sind gar nicht mehr ausschliesslich Landwirtschaftsbetriebe bei welchen sich Katzen unkontrolliert vermehren», berichtet Claudia Schärer, «im Gegenteil, sehr viele Landwirte entscheiden sich dafür, mit dem Tierschutz

zusammenzuarbeiten und freuen sich an ihrem gesunden und kastrierten Büsibestand. Viel häufiger treffe ich auf uneinsichtige Privatpersonen. Ich wünsche mir, dass alle Katzenbesitzer Verantwortung übernehmen und Ihre Tiere zumindest impfen, kastrieren und chippen lassen».

Unterschriften werden gesammelt

Ihre ganze Hoffnung setzt Claudia Schärer, zusammen mit über 90 anderen Tierschützern und Tierschutzorganisationen, auf die von NetAP und der Stiftung für das Tier im Recht kürzlich lancierte Petition für eine Kastrationspflicht für Freigängerkatzen.

Netap-Präsidentin Esther Geisser ist überzeugt: «Die Kastration von Freigänger-Katzen bildet eine verhältnismässige Massnahme, um einen weiteren Anstieg der Streunerpopulation zu vermeiden, das Katzenleid zu verringern und den Katzenbestand in der Schweiz nachhaltig zu regulieren. Die aktuell geltenden Rechtsvorschriften greifen zu kurz.» Die Idee sei auch nicht etwa ein Eingriff in die Eigentumsrechte des Halters, denn, so Esther Geisser. «Das Wohlergehen vieler Tiere steht hier klar über allfälligen Eigeninteressen der Besitzerinnen und Besitzer.» *red.*

Jetzt unterschreiben: www.kastrationspflicht.ch

grünpunkt: memduha tüfekci-yalcin, vorstand grüne winterthur

Den Samen der Gerechtigkeit für die nächste Generation säen

Der Bundesrat will mit der Asylgesetzrevision erreichen, dass Fairness und Rechtsstaatlichkeit in den Asylverfahren gewährleistet bleiben. Die Grünen Winterthur betrachten das als Chance, für die nächste Generation Gerechtigkeit zu säen, deshalb unterstützen wir die Vorlage.

**Jetzt das Richtige tun**

Asylsuchende, die vor Krieg und Gewalt flüchten, brauchen in erster Linie Schutz. Die Rechtsvertretung und unentgeltliche Rechtsberatung von Beginn weg ist im Asylverfahren eine absolute Notwendigkeit. Damit kann der Prozess fair und anständig durchgeführt werden. Der Rechtsberater soll beispielsweise die Asylsuchenden über ihre Rechte und Pflichten informieren. So können sich Asylsuchende schon sehr früh darauf einstellen, was

sie insgesamt doch eher komplexen Verfahren erwartet. Die Gesuchsteller werden befähigt, selbständig und informiert Entscheidungen zu treffen sowie vernünftig zu handeln. Rechtsberater unterstützen Asylsuchende auch bei der schwierigen Beschaffung von wichtigen Dokumenten aus dem Herkunftsland. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung zur korrekten Beurteilung des jeweiligen Einzelfalles.

Die Revision bringt weiterhin alle wichtigen Personen und Organisationen für die Verfahren unter einem Dach zusammen. Diese Koordination macht die Asylverfahren gegenüber heute wesentlich effizienter.

Warum die SVP falsch liegt

Die SVP hat das Referendum gegen die Revision ergriffen. Asylchef Glarner fordert: «Die Schweiz muss sich mit Stacheldraht abriegeln.» Meiner Meinung nach hilft das weder der Schweiz noch Europa in irgendeiner Weise. Es bedeutet im

Gegenteil nur, dass noch mehr Angst und Hass gesät werden. Eine solche Position ist menschenverachtend.

Human Rights Watch erklärte im Januar 2016 dazu: «Geleitet von einer Politik der Angst, waren Regierungen in der ganzen Welt im vergangenen Jahr für Rückschritte bei den Menschenrechten verantwortlich. Die Flüchtlingsströme haben viele Regierungen zu dem fehlgeleiteten Versuch bewegt, durch die Einschränkung der Menschenrechte nach mehr Sicherheit zu streben.» Anders ausgedrückt: Stacheldrahtzäune sind selbst nichts anderes als eine Art Kriegserklärung. Wollen wir das wirklich?

Die Politik sollte nicht nur an den Erfolg bei den nächsten Wahlen denken. Rechte Parteien fokussieren beim Abstimmungskampf auf kurzfristigen und egoistischen Gewinn. Wir sollten vielmehr darüber nachdenken was das ganze für die folgenden Generationen bedeutet.

Humanitäre Tradition der Schweiz

Bundesrat, Parlament, zahllose Hilfswerke, Asylorganisationen und Vereine in der Schweiz unterstützen die vorliegende Revision. Mit ihr kann eine anständige Asylpolitik für alle umgesetzt werden. Bei einer vor Kurzem in Winterthur organisierten Kundgebung haben wir gemeinsam für Aylan in Bodrum, aber auch für alle anderen, die auf der Flucht sind, gesungen. Auch in dieser Stadt gibt es eine grosse Welle der Sympathie für alle Verfolgten und Vertriebenen, das haben die vergangenen Monate immer wieder gezeigt.

Ich lade alle Stimmbürger und Stimmbürgerinnen ein, die Solidarität mitzutragen. Säen wir zusammen Gerechtigkeit für die nächste Generation. JA zur Revision des Asylgesetzes am 5. Juni, für eine lösungsorientierte, faire und konstruktive Asylpolitik.

Memduha Tüfekci-Yalcin ist Vorstandsmitglied der Grünen Winterthur

leserbrief**Nur positive Aspekte**

Zum Artikel «Steinacker-Spielplatz soll weg», «Stadi» vom 17. Mai
Lieber Herr Stadtrat Fritschi, sicherlich mögen Sie sich noch erinnern an den August 2013. Sie haben damals einem, von Pfadi Winterthur Handball organisierten, sehr interessanten Referat von Herrn Dr. Prof. Lukas Zahner die Ehre erwiesen. Er konnte mit seinen unzähligen Studien und Projekten schlüssig aufzeigen, dass sich Bewegung wie Balancieren, Klettern und Hüpfen im Kindes- und Jugendlichenalter positiv auf die kognitive Entwicklung, auf die Wahrnehmungsfähigkeit sowie auf die allgemeine körperliche und psychische Gesundheit der Kinder auswirkt. Der Balancierparcour im Steinacker-Schulhaus widerspiegelt exakt diese Attribute. Dieses Projekt muss Ihnen doch allergrösste Freude bereiten. Es ist mit sehr viel Eigeninitiative entstanden. Es bereichert und bildet die Bevölkerung auf nachhaltige und spielerische Weise, wie es exemplarischer nicht sein könnte. Zudem reduziert es Ihnen Sozial- sowie Gesundheitskosten und verringert Verkehrsunfälle. Es ist auch ein ausgesprochen gelungenes Projekt, dessen Entwicklung den Zusammenhalt von Lehrern, Schülern und Eltern gefördert hat, welches fertig gebaut nun durchs Band Spass macht, welches ein gutes, modernes Bild auf die Stadt abwirft und welches im Zeitgeist nur befürwortet werden kann! Denken Sie bei Ihrer Entscheidung an die vielen grundpositiven Aspekte dieses Projekts!

Nico Peter, U-19 Handballnationaltrainer und Vater zweier Söhne

politisches schaufenster

Auf der Seite «Politschau» werden politische Themen redaktionell angegangen. Politikerinnen und Politiker sowie Parteien und Organisationen aus Winterthur und der Region haben aber auch die Möglichkeit, sich gegen Bezahlung zu präsentieren, politische Anliegen zu vertreten und Stellung zu Projekten, Vorlagen und Wahlen zu beziehen. Diese Artikel müssen vom Autor oder von der Partei jeweils namentlich gekennzeichnet sein. Bei diesen Beiträgen handelt es sich nicht um die politische Positionierung der Redaktion. *red.*

Weitere Informationen:

Telefon 044 933 34 51
redaktion@stadinews.ch